# S 11 U 304/03

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Würzburg

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung 11 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

#### 1. Instanz

Aktenzeichen S 11 U 304/03 Datum 08.09.2004

### 2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

### 3. Instanz

Datum -

- I. Die Klage gegen den Bescheid vom 23.04.2003 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 22.08.2003 wird abgewiesen.
- II. Die KlĤgerin hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.
- III. Der Streitwert wird auf 6.613,57 Euro festgesetzt.

#### Tatbestand:

Die Beteiligten streiten um die Erhebung des Anteils der Insol venzgeldumlage f $\tilde{A}^{1/4}r$  das Jahr 2002 durch die Beklagte.

Die KlĤgerin betreibt ein Treuhand- und Steuerberatungsunternehmen und ist als solches als Mitglied der Beklagten in das Unternehmerverzeichnis der Beklagten seit 1982 eingetragen.

Mit streitgegenstÄ $\alpha$ ndlichem Bescheid vom 23.04.2003 erhob die Beklagte von der KlÄ $\alpha$ gerin einen Beitrag fÃ $\alpha$ r das Haushaltsjahr 2002 in HÃ $\alpha$ he von 3.210,00 Euro sowie eine Umlage fÃ $\alpha$ r die Ausgleichslast in HÃ $\alpha$ he von 1.295,00 Euro und eine Insolvenzgeldumlage in HÃ $\alpha$ he von 6.613,57 Euro. In der Anlage zum Beitragsbescheid wurde der KlÃ $\alpha$ gerin die Berechnungsformel fÃ $\alpha$ r ihren Beitrag

zur Insolvenzgeldumlage mitgeteilt.

Den hiergegen gerichteten Widerspruch lieà die Klägerin damit begründen, dass die Insolvenzgeldumlage nunmehr das fünffache des Versicherungsbetrages betrage und somit weder einer gerechten Lastenverteilung noch einer aufgrund des SolidaritÃxtsprinzips zumutbaren Belastung entsprÃxche. Die geltende Umlagenregelung versto̸e gegen Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz (GG), da keine Differenzierung danach erfolge, ob in den betroffenen Wirtschaftszweigen die Anzahl der Insolvenzen h

¶her sei als in an- deren. Des Weiteren sei die H

¶he des Beitragsfu̸es nicht in allen Berufsgenossenschaften gleich, sonderen differiere je nach Berufsgenossenschaft. Dies obwohl in anderen Berufsgenossenschaften unter Umständen Wirtschaftszweige vertreten seien, die in höherem AusmaÃ∏ von Insolvenzen betroffen seien. Eine Rechtfertigung des Versto̸es gegen Art. 3 Abs. 1 GG ergebe sich auch nicht aufgrund der EuropÄxischen Richtlinie 80/987 EG-Vertrag vom 20.10.1980. Nach stĤndiger Rechtsprechung des EuropĤischen Gerichtshofes habe diese zum Ziel, den Arbeitnehmern im Falle der ZahlungsunfĤhigkeit ihres Arbeitgebers einen Mindestschutz zu gewĤhrleisten, nicht aber, dass ausschlie̸lich die Arbeitgeber die erforderlichen Mittel aufbringen mýssten. Die geltende Umlageregelung stehe ferner im Widerspruch zu dem aus dem Rechtsstaatsprinzip abzuleitenden VerhĤltnismĤÄ∏igkeitsgrundsatz. Die ̸berlegung, dass die Arbeitnehmer eines besonderen Schutzes bedürften, da sie in der Regel vorleistungspflichtig seien und somit ein hohes Risiko eingingen, mit ihrem Anspruch auf Arbeitsentgelt auszufallen, kA¶nne keinesfalls rechtfertigen, dass eine Umlage für die Lohnfortzahlung für die Dauer von drei Monaten getragen werden müsse. Dabei sei zu berücksichtigen, dass die jeweiligen Unternehmen fýr diese Dauer für 100% des Nettogehalts des Arbeitnehmers eines Konkurrenten aufkommen mÃ1/4ssten, mit dem sie in keinerlei Vertragsverhältnis stünden. Zudem sei ein VerstoÃ∏ gegen Art. 87 Abs. 1 des EG-Vertrages neue Fassung (n.F.) gegeben. Die Zahlung des Insolvenzgeldes werde regelmäÃ∏ig in das Sanierungskonzept für wirtschaftlich gefährdete Unternehmen einbezogen und sei daher als verbotene Beihilfe im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG-Vertrag n.F. anzusehen. Des Weiteren sei ein Versto̸ gegen Art. 2 Abs. 1 GG und die hiermit gewÄxhrleistete wirtschaftliche BetÄxtigungsfreiheit gegeben.

Mit Widerspruchsbescheid vom 22.08.2003 wies der Widerspruchsausschuss der Beklagten den Widerspruch zurĽck. Zur Begrľndung wurde zunĤchst darauf verwiesen, dass der Berufsgenossenschaft gemĤÄ□ den ŧŧ 359 Abs. 1, 360 Abs. 2 SGB III die Mittel fþr das von der Bundesanstalt fþr Arbeit gezahlte Insolvenzgeld (ŧŧ 183 ff SGB III) einschlieÄ□lich der Verwaltungskosten und der sonstigen Kosten, die mit der GewĤhrung des Insolvenzgeldes zusammenhĤngen aufzubringen hätten. Grundlage für diese Umlage sei das Gesetz über das Konkursausfallgeld von 1974. Von der Zahlung des Anteils an der Insolvenzgeldumlage seien nur Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des Ã□ffentlichen Rechts, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren nicht zulässig sei und solche juristischen Personen des öffentlichen Rechts befreit, bei denen der Bund, ein Land oder eine Gemeinde Kraft Gesetzes die Zahlungsfähigkeit sichere (ŧ 359 Abs. 2 Satz 2 SGB III). Hierunter falle die Klägerin nicht. Die Höhe der Insolvenzgeldumlage könne von den

UnfallversicherungstrĤgern nicht beeinflusst werden, weil weder eine Einflussnahme auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung noch auf das Insolvenzaufkommen und die Insolvenzgeldzahlung mĶglich sei. Bei der Umlage für das Insolvenzgeld sei die konjunkturelle Entwicklung und die damit gesetzlich verankerten Pflichten der Bundesanstalt fýr Arbeit ausschlaggebend. Die Insolvenzen seien im Vergleich zum Vorjahr um ļber 71% gestiegen. Für die durch diesen Umstand und der damit einhergehend gestiegenen Anzahl von Insolvenzgeldzahlungen habe sich der Beitragssatz gravierend gegenļber dem Vorjahr erhä¶ht. Bei der Beklagten sei zudem die Erhä¶hung deswegen hä¶her ausgefallen als in anderen Berufsgenossenschaf- ten, da sie ihren Beitrag nur einmal jĤhrlich nachtrĤglich erhebe und entgegen den prognostizierten Erwartungen eine konjunkturelle Verbesserung nicht eingetreten sei. Dadurch habe es zum 31.12.2002 eine Finanzierungslücke gegeben. Dieser Betrag habe nun nachtrĤglich gedeckt werden müssen. Zudem sei auch die Vorsorge für die erste Abschlagszahlung im ersten Quartal des Folgejahres zu treffen. Daraus ergebe sich die Erhöhung des Beitragssatzes für das Insolvenzgeld. Ein VerstoÃ∏ gegen Art. 3 Abs. 1 GG sei nicht ersichtlich. Der Gleichheitsgrundsatz fordere nicht, dass die Einzelnen und ihre relevanten gesellschaftlichen Gruppen unbedingt gleichmäÃ∏ig behandelt werden müssten. Er lasse Differenzierungen zu, die durch sachliche ErwĤgungen gerechtfertigt seien. Aber auch die Art der Differenzierung dürfe nicht sachfremd sein, d.h. es müssen sich auch aus dem Sachverhalt, den die differenzierende Regelung zum Gegenstand hat, gerade für sie ein sachlich vertretbarer Gesichtspunkt anfļhren lassen (BVerfGE 17, 131; 19,8). Dem Gesetzgeber stehe es grundsÃxtzlich frei, die Merkma- le der Vergleichpaare zu bestimmen, die für die Gleichheit oder Ungleichheit der gesetzlichen Regelung maÄ\(\)geblich sein sollen (vgl. BVerfGE 23, 240).

Der EuropÄxische Gerichtshof (EuGH) habe in seinem Urteil in der Sache INAIL (